

# Die Gemeinschaftsschule bleibt eine Vision

Ullrich-Johannes Kledzik, Professor für Didaktik an der TU.

Von Ulrich-Johannes Kledzik

17.07.2007 11:12 Uhr

Das Projekt Gemeinschaftsschule bedeutet eine Veränderung der Schullandschaft, deren Folgen auch nach einer Pilotphase nicht abzusehen sind. Eine Gemeinschaftsschule oder Einheitsschule ginge weit über die für die Berliner Gesamtschule 1972 gesetzten Zielstellungen hinaus. In der Bildungsverwaltung des Senats ist eine Förderung der Schüler in heterogenen Lerngruppen angedacht, wie es in einem Schreiben vom Mai dieses Jahres heißt. Flexible und differenzierende Lernformen sollen die bewährte nach Leistungsvermögen unterschiedliche Zusammensetzung von Lerngruppen der Gesamtschulen ersetzen. Wie können die differenzierten Lernangebote unter der Perspektive eines erfolgreichen Übergangs in die gymnasiale Oberstufe entwickelt werden, fragt der Senator besorgt in der Vorbemerkung.

Eine Gemeinschaftsschule setzt auf Individualisierung des Unterrichts. Ist diese an öffentlichen Schulen erreichbar? Sind genügend und ausreichend qualifizierte Lehrer vorhanden? Werden die Erfahrungen der Gesamtschulen aus drei Jahrzehnten mit Projektunterricht und elaborierten Differenzierungsformen (Binnen-, Leistungs-, Interessendifferenzierung) aufgenommen?

Wie das Experiment organisiert werden soll, ist unsicher: Sollen Schulen zusammengelegt werden? Wie sieht es mit dem Budget aus? Eine Orientierung an den integrierten Gesamtschulen ist angedacht. An den Gesamtschulen vor oder nach den zurückliegenden Sparmaßnahmen? Was ist mit Sitzenbleibern? Auch muss die überregionale Anerkennung eines solchen Ansatzes gesichert sein.

In den Aufbruchjahren, die die Entwicklung der Berliner Gesamtschulen vor 40 Jahren trug, gab es eine übereinstimmende Willensrichtung in der damaligen Bildungspolitik, die schließlich 1982 zur Anerkennung der Gesamtschule neben dem gegliederten Schulsystem führte.

Die deutsche Schulstruktur wird heute auf internationaler Ebene vernehmbar kritisiert; im eigenen Lande kaum als veränderungswürdig wahrgenommen. Die bildungspolitischen Ansätze beziehen sich derzeit auf die Stärkung der Einzelschule, die Abwehr negativer Auswirkungen der Pisa-Vergleiche.

Jede Schulreform muss aber die Solidarität mit allen Jugendlichen beweisen. Gegebenenfalls könnte die Zusammenführung aller Schularten neben dem Gymnasium ein erster Reformschritt sein. Man wird jedoch von einem solidarischen und pädagogischen Aufbruch in der Stadt erst dann reden können, wenn detaillierte Pilotskizzen vorliegen.

Die Bandbreite von Unterricht im gegliederten und integrierten System der Stadt war über Jahrzehnte komplementär und konkurrierend angelegt. Wenn mit dem vorgesehenen Experiment neben Haupt-, Real-, Gesamtschule, Gymnasium (ohne Sonderschule) eine weitere fünfte oder sechste Schulart entstünde, wäre das kontraproduktiv. Wer nur eine Debatte über Sinn und Möglichkeiten einer Einheitsschule auslösen will, der berücksichtigt nicht, dass viele Elemente inzwischen in der Gesamtschule umgesetzt wurden, die bis zu 30 Prozent der Berliner Schüler

erreichen konnte. Es würde sich lohnen, in einer Gesamtschule von 1 bis 12/13 verschiedene Differenzierungsformen zu evaluieren; die in Aussicht gestellten 22 Millionen Euro wären sicher willkommen.

Es bleibt eine Vision, einmal das gegliederte System von Schule in einer umfassenden Reform in eine Schule für alle umzuwandeln, die integriert und differenziert, die leistungsstark ist, sozial gerecht und nicht nach der Herkunft selektiert. Der vorgelegte Ansatz für eine weitere Schulart lässt weder erkennen, wie er sich vom Ansatz einer Gesamtschule unterscheidet, noch wie sich durch ihn die Situation der Hauptschüler verbessern lässt oder ein pädagogisches Aufbauklima in der Stadt entstehen kann.

Ulrich-Johannes Kledzik ist Professor für Didaktik an der Technischen Universität und war von 1972 bis 1990 in der Bildungsverwaltung des Senats als Abteilungsleiter Schulaufsicht für die Berliner Gesamtschulen zuständig.